

Airbus Kompensation:

Bundesverwaltungsgericht bestätigt obsiegendes Urteil des OVG Schleswig

Geplante Kompensationsmaßnahme Haseldorfer Marsch endgültig gescheitert

Mit heute hier zugestelltem Beschluss vom 29.01.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde der Freien und Hansestadt Hamburg gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig zurückgewiesen.

Damit ist die von Beginn der Planungen an hoch umstrittene Kompensationsmaßnahme auf die Klage der von uns vertretenen anerkannten Naturschutzverbände hin endgültig gescheitert. Der Irrweg der Stadt, Kompensation in hochwertigen Schutzgebieten durch Austausch der vorhandenen Lebensräume und Arten betreiben zu wollen, ist damit beendet.

Damit steht zugleich rechtskräftig fest, dass die europarechtliche Verpflichtung zur Sicherung der Kohärenz des Netzes Natura 2000 nach der teilweisen Zerstörung des Mühlenberger Loches bis heute nicht erfüllt wurde. Es besteht nunmehr erheblicher und drängender Handlungsbedarf für die Freie und Hansestadt Hamburg. Sollte nicht binnen sehr kurzer Frist eine alternative Kompensation umgesetzt werden, droht ein neues Vertragsverletzungsverfahren in Brüssel.

Hamburg, den 11.02.2009

Nebelsieck/Fachanwalt für Verwaltungsrecht